

Erscheint  
an allen Werktagen.  
Bezugspreis  
vom 1. Juli 1921 an  
monatlich M.  
in der Geschäftsstelle 50.—  
in den Ausgaben 52.50  
durch Zeitungshandels 55.—  
durch die Post 55.—  
Fernsprecher: 4246, 2278.  
3110, 349.

Anzeigepreis:  
f. d. Grundschriftseite im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens. 10.— M.  
im Nellametall 30.— M.  
Für Anfragen aus  
Deutschland 3.50 M.  
im Nellametall 10.— M.  
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:  
Tagblatt Poznań.

# Poener Tageblatt

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.  
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czeczkow Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

## Hasspolitit.

Niemand wird leugnen wollen, daß eine wahre Hasseswelle auf unserem Planeten lastet. Es haft eigentlich alles in einer Intensität, daß man mit Recht von einem greifbaren Hassesbazillus reden kann. Alles Unglück, das über die Menschheit in den letzten Jahren hereingebrochen ist, fließt aus dieser einen Quelle, aus dem Hass. Extralitigiale Zustände in unserem Middelegard können erst eintreten, wenn dieses vergiftende Erment verschwindet und das „Größte von allem“ wieder eingeholt ist in die Herzen der Menschen: die Liebe. „Abbau des Hasses“ muß also die Parole sein.

Zwei Jahre schon arbeitet die auch jetzt noch im Stadium nascens befürdliche Völkerbundliga an diesem Problem, immer noch ohne preisbare Erfolg. In diesen Tagen ist auch wieder die „internationale Frauenliga“, diesmal in Wien, zusammengetreten, um an der Völkerversöhnung zu arbeiten. Jane Adams, die Vorsitzende der Liga, hat das Programm aufgestellt „in allen Ländern, bei allen Völkern und Rassen den Gedanken der Menschheitsversöhnung, der Brüderlichkeit zu verbreiten und die Überzeugung durchzusehen, daß alle Angelegenheiten der Menschen im Verkehr der Staaten untereinander, wie innerhalb eines Territoriums, nur von diesem Gesichtspunkt aus zu behandeln sind.“ Alle bisherigen Bemühungen der großen Organisationen waren vergeblich. Der Völkerhass ist durch die Entladung im Kriege nicht abgesamt, sondern hat durch die Reihe sogenannter Friedensschlüsse nur neue Nahrung erhalten.

Weit bedenklicher als der Hass zwischen den Völkern ist jene Hassatmosphäre, die durch die gesellschaftlichen Zustände entstanden ist und in der letzten Zeit gerade ihre volle Auslöschung gefunden hat. Noch nie standen sich die Parteien in so erbitterter Kampfstellung gegenüber wie jetzt, noch nie war der Massenkampf bis zur Errichtung einer Diktatur, selbst mit den Mitteln des Terrors, so brennend wie jetzt.

Das ist das Bild, das ein großer Teil der europäischen Staaten derzeit präsentiert. Der Hass hat seinen Höhepunkt erreicht sowohl zwischen den Staaten als auch zwischen den sozialen Gruppen innerhalb der Staaten. Die Bemühungen zum Abbau dieser verhängnisvollen Erscheinungen sollte man nicht nur dem „Völkerbund“ und der „Frauenliga“ überlassen, jeder einzelne sollte und müßte alles tun, um Frieden und Eintracht wieder einzuführen zu lassen und zu sichern. Die wichtigste Aufgabe hierbei fällt der Presse zu. Die Presse sollte sich hüten, die bösen Instinkte der Massen in internationaler oder partei-politischer Hinsicht auszubeuten und zur Steigerung dieser Hasseswelle beizutragen. Sie hat doch eine sehr hohe und ideale Aufgabe: sie soll ein Erziehungsmittel des Volkes sein, so wie die Schule und noch mehr und entsprechend diesem hohen Beruf Frieden und Eintracht zu suchen sich bemühen.

Hier tätet etwas Selbstverständigung not. Jeder Politiker, das ist unser Vorschlag, sollte sich täglich nur für einige Minuten, in denen jedes Hassgefühl zu schweigen hätte, in Gedanken innigster Nächstenliebe selbst für seinen intimsten politischen Feind versetzen, dann erst wieder einen Artikel schreiben. Das ist ja sozusagen eines jeden Christen Pflicht; oder gilt das Gebot der Nächstenliebe für die Politik nicht? Es soll im Christentum ja sogar noch ein Gebot der Nächstenliebe geben.

B.

## Vom Obersten Rat.

Mon., 10. Juli. Die „Tribuna“ berichtet, die italienische Regierung habe auf nichtamtlichem Wege erklärt, daß die Zusammenkunft des Obersten Rates vor dem 13. Juli stattfinden soll, da der italienische Vertreter, Ministerpräsident Bonomi, an den Sitzungen nicht teilnehmen kann wegen der Neuaufnahme der parlamentarischen Befreiungen.

Weiter berichtet die „Tribuna“, daß der Oberste Rat sich nicht nur mit der öberschlesischen und der Orientfrage beschäftigen wird, sondern auch mit der Angelegenheit der Heraussetzung der interalliierten Kommission in Koblenz.

## Vom internationalen Arbeitsbureau.

Karlsborg, 10. Juli. (PAT.) In der gestrigen Sitzung des internationalen Arbeitsbureaus wurde die Zusammenarbeit mit dem Völkerbund besprochen und beschlossen, daß der Direktor des internationalen Arbeitsbureaus an den Sitzungen des Völkerbundes teilnehmen soll, um den Standpunkt des internationalen Arbeitsbureaus in Fragen betreffend den internationalen Arbeitsmarkt zu verteidigen. Der Besluß ging mit allen Stimmen gegen die Stimmen der französischen Vertreter durch.

## Vom Völkerbundrat.

Danzig, 10. Juli. (PAT.) Die „Danziger Zeitung“ berichtet aus Genf: Die Sitzung des Völkerbundes, welche für die letzte Augustwoche in Aussicht genommen war, und auf der eine Reihe Danziger Fragen besprochen werden sollen, wurde jetzt auf den 1. September, d. i. fünf Tage vor Beginn der zweiten Konferenz des Völkerbundes, festgesetzt.

## Diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Russland.

Berlin, 10. Juli. (PAT.) Nach Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages wurden zwischen den Vertretern beider Regierungen Verhandlungen über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen aufgenommen. Diese Verhandlungen wurden jetzt beendet. Der bisherige Direktor des Departements für Auslandshandel wurde zum Geschäftsträger in Moskau ernannt. Er wird sich noch diese Woche begleitet von einigen Funktionären des Auswärtigen Amtes nach Moskau begeben.

## Aus Oberschlesien.

Die Lage der Bevölkerung ist nach wie vor sehr schwierig; denn die Säuberung, die offiziell als abgeschlossen gilt, ist nicht mit der nötigen Gründlichkeit durchgeführt. Die Bevölkerung von Hindenburg hat an die interalliierte Kommission telegraphisch einen Hilferuf gerichtet, in dem es heißt, daß jetzt, nachdem die Räumung längst vollzogen sein müssen, die Zustände sich in keiner Weise gebessert haben. Die Landorte sind noch voll von Insurgents, die sich überall die Polizeiverwaltung angemacht hätten. Selbst in Hindenburg seien Verschleppungen und Misshandlungen an Einwohnern an der Tagesordnung. Der Transport großer Waffenmengen nach dem Kreis Hindenburg dauerte an. Der Hilferuf verlangt die sofortige Abberufung des französischen Kreiskontrolleurs und den Einmarsch interallierter Truppen, und zwar lediglich von Engländern oder Italienern.

Die „Deutsche Zeitung“ berichtet, daß die Uneinigkeit zwischen den englischen und französischen Truppen recht groß sei. Der französische Kreiskontrolleur hat die englischen Verhandlungen abgelehnt und die Entscheidung des französischen Generals Gratier eingeholt. Die englischen Truppen werden in ihren Quartieren zusammengehalten und dürfen diese, um unliebsame Zwischenfälle mit den Franzosen zu vermeiden, nicht verlassen.

Paris, 9. Juli. Der Korrespondent der „Times“ in Katowitz berichtet: Die Räumung Oberschlesiens ist vollkommen beendet. Der Eisenbahnverkehr im ganzen Industriegebiet wurde unter Kontrolle der interalliierten Kommission aufgenommen. Französische Truppen besetzten Königshütte, Katowitz und den südlichen Bezirk, während die englischen Truppen längs der polnischen Grenze bis nach Beuthen aufgestellt werden. Das Hauptlager der Engländer ist in Tarnowice. Die Welt wurde den Behörden übergeben, die vor Ankunft der Polen im Amt waren.

### Übergabe des Bahnhofs Katowitz.

Katowitz, 9. Juli. (Tel.-Un.) Obwohl der Termin der Übergabe des Bahnhofs Katowitz auf Donnerstag 2 Uhr nachmittags angezeigt war, verzögerte sich der historische Moment nochmals um 2 Stunden. Um 4 Uhr fuhr ein Auto mit einer Kommission am Bahnhof vor, mit welchem Vertreter der deutschen Eisenbahnbahnhöfen, der englische Major Stephen, der französische Offizier Chauquet und Mitglieder der polnischen Eisenbahnbahnhöfen eintrafen. Die Nebenwerkstätte und der Güterbahnhof waren ingwischen von den deutschen Beamten besetzt worden. Gegen 4 Uhr erfolgte alsdann die Übergabe des Hauptbahnhofs bzw. der einzelnen Bureaus, worauf die deutschen Betriebsleiter wieder in ihre Ämter eingezogen wurden. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen, obwohl eine große Menschenmenge schon seit Mittag den Bahnhof umgab. Die Wiederaufnahme des Schnellzugverkehrs ist für die siebente Abendstunde angesetzt.

### Zum Zwischenfall in Beuthen.

Breslau, 9. Juli. Der Mehrheitssozialist Cyrus des oberschlesischen Bürgerausschusses erhebt in einem an die interalliierte Kommission gerichteten Schreiben Protest gegen das Verhalten der französischen Besatzung in Beuthen anlässlich des Zwischenfalls. In dem Schreiben heißt es: „Unter der demonstrierenden Menge befanden sich nur wenig männliche Personen. Der Selbstschutz war nicht dabei. Der Schuh traf den französischen Major hinten in den Nieden. Daraus sei die Annahme berechtigt, daß er tragischerweise einer Kugel abgeschossen von einem französischen Soldaten, zum Opfer gefallen ist; denn nur französische Soldaten befanden sich in seinem Rücken. Während der Schieberei kamen einige Angehörige des Selbstschutzes geladen, um die Verwundeten zu verbinden. Mein Bruder erhielt hierbei von französischen Soldaten einen Kopfschuss und wurde mit Gemehrkolben geschlagen. Ein anderer Selbstschützler, Grzymoh, 17½ Jahre alt, leistete Samariterdienste bei einem anderen Verwundeten. Ein französischer Soldat schlug ihm mit dem Gemehrkolben auf den Kopf. Als Grzymoh gefallen war, stach ihm ein französischer Soldat mit dem Bajonet ins linke Auge. Er starb sofort. Nach übereinstimmenden Angaben aller von mir vernommenen Augen- und Ohrenzeugen haben sich die französischen Soldaten und Offiziere wie wilde Tiere benommen. Ich bitte dafür Sorge zu tragen, daß die widerrechtlich Verhafteten und Geiseln sofort freigelassen werden, daß diejenigen französischen Offiziere und Soldaten, die Verhaftete misshandelt haben, zur Verantwortung gezogen werden, daß der Mörder des Grzymoh seiner Bestrafung nicht entgeht, endlich daß der General Le Comte Denis, der für die Haltung seiner Truppen verantwortlich ist, von seinem Posten in Beuthen abberufen wird.“

Beuthen, 10. Juli. (PAT.) Der englische Kommandant der Koalitionstruppen in Beuthen, Wochop, empfing am Freitag die Vertreter der Stadt und der politischen Parteien zu einer Konferenz, um mit ihnen die letzten Vorfälle zu besprechen. Der General verurteilte den am Major Montalére verübten Mord und forderte die Stadtbewaltung und die Polizei auf, den Mörder aufzufinden zu machen. Außerdem forderte er energisch die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt und drohte mit rücksichtlosem Vorgehen gegen die Demonstranten bei ähnlichen Vorfällen.

### Kleine Nachrichten aus dem Aufstandsgebiet.

Aus Ratibor wird das Auftreten neuer bewaffneter Banden gemeldet, die in der alten Weise die deutlichgefeindete Bevölkerung terrorisieren, misshandeln und verschleppen.

In Peitschham sind erneut Insurgenten eingedrungen und haben die Häuser mit Dutzenden von Handgranaten bombardiert. Die Wohnung des Rektors Ramitski ist vollständig ausgeraubt worden. Die Bevölkerung flieht.

General Hoefer teilt mit, daß der Abtransport der nicht in Oberschlesien gebürtigen Mitglieder des Selbstschutzes am 8. Juli vollendet sein wird.

Seit dem 6. Juli besteht für die Ein- und Ausreise von und nach Oberschlesien wieder der Passzwang, wie er vor dem oberschlesischen Aufstande eingeführt wurde. Die Pässe müssen also wieder das französische Visum tragen.

### Auf den Spuren des Mörders.

Beuthen, 11. Juli. Die Untersuchung des Mordes an dem Major Montalére hat ergeben, daß die Kugel von der Sedanstraße aus Klossberg gelommen ist. Der Mörder soll ein 19jähriger Bursche (früherer Insurgent) sein. Die Mutter wurde verhaftet, weil der Sohn flüchtig ist. Die Geiseln sind bisher nicht freigelassen.

### Die Bürgerwehr in Zabrze.

Beuthen, 10. Juli. (PAT.) Nach der Organisierung der sogenannten Bürgerwehr im Kreise Zabrze erklärte der dortige Kreis-

kontrolleur, daß in diese Polizei nicht die Personen nicht aufgenommen werden können, die an der Front gekämpft haben, aber nicht diejenigen, die die Sicherheit und Ordnung in den Städten und Dörfern aufrecht erhalten haben. Auf diese Weise kann ein Teil der polnischen Mitglieder der ehemaligen Abstimmungspolizei in die Bürgerwehr aufgenommen werden.

### Kreiskontrolleure.

Oppeln, 10. Juli. Der englische Vertreter bei der interalliierten Kommission verlangt die Wiedereinführung der englischen Offiziere als Kreiskontrolleure in Beuthen-Land, Gleiwitz, Hindenburg und Katowitz-Land, wo während des Aufstandes Franzosen provisorisch als Kontrolleure tätig waren. Die Franzosen stimmen der Forderung zu, lebten aber bisher den Erfolg der französischen Kreiskontrolleure in Tarnowice und Lubinitz ab.

### Verhandlungen in Breslau.

Beuthen, 10. Juli. (PAT.) Deutsche Zeitungen aus Berlin und Breslau berichten, daß in Breslau Konferenzen der deutschen Regierungsvertreter mit den Vertretern der deutschen politischen Parteien in Oberschlesien und verschiedener Abstimmungs- und Selbstschutzorganisationen stattfinden. An diesen Konferenzen nimmt auch General Hoefer teil. Die Konferenzen werden die weitere deutsche Tätigkeit in Oberschlesien behandeln.

### Die Wilnaer Frage.

Über die gespannte Lage im umstrittenen Wilna schreiben die „Danziger Neuesten Nachrichten“: „Lithuanische Zeitungen melden auf Grund zuverlässiger Nachrichten aus Wilna, daß Zeligowski, dessen Rücktritt auf Grund der Entscheidung des Völkerbundrates von aller Welt erwartet werde, einen neuen Aufstand vorbereite. An die Spitze dieses Unternehmens soll sich der Adjutant Zeligowski, ein Vertrauensmann Pilсудski, stellen. Nach Litauen seien polnische Agenten geschickt worden, um die polnischen Einwohner aufzustacheln und auf diese Weise einen Grund zur Intervention für Polen zu schaffen. Es heißt, daß neue terroristische Akte auf litauische Minister vorbereitet werden.“

Die Litauer verlangen ebenfalls die Räumung Wilnas durch Zeligowski, bevor eine Verständigung im polnisch-litauischen Kongress stattfinden könne. Auch der Völkerbundrat verfügt, daß Zeligowski mit seinen Truppen das Gebiet zu verlassen hätte. Damit ist Polen nicht einverstanden, da es nicht daran denkt, Wilna preiszugeben. Es wäre also nicht ausgeschlossen, daß Zeligowski, der sich in Wilna sicher fühlt, die Frage mit Gewalt zu lösen versuchen wird. Die litauische Regierung geht sehr scharp vor, um ihre Rechte zu schützen. Mitglieder des kommunistischen Zentralkomitees sind verhaftet und bei ihnen wichtige Dokumente gefunden worden.

### Der Krieg im Orient.

Paris, 9. Juli. (PAT.) Die Türken haben ihre Truppen in Eszki Schehr konzentriert. Die Stadt gleicht einem großen Heerlager. Nachdem die neutrale Linie der Alliierten erreicht ist, haben die Türken ihren Aufmarsch in der Richtung nach dem Bosporus eingestellt. Bagdad ist von den Türken besetzt.

### Verhandlungen mit Kemal Pascha.

Yon, 9. Juli. (PAT.) Der englische Delegierte, der entsprechenden Auftrag seiner Regierung erhielt, ist bereits von Konstantinopel abgefahren, um mit Kemal Pascha zusammenzutreffen. Die Zusammenkunft wird wahrscheinlich auf dem Deck eines Kreuzschiffes im Hafen von Veli stattfinden. Die französischen, italienischen und japanischen Kommissare erklären sich mit dieser Zusammenkunft einverstanden.

### Griechenland verhandelt mit Serbien und Rumänien.

Berlin, 9. Juli. (PAT.) „Voss. Bltg.“ meldet, daß in Bern Verhandlungen zwischen dem griechischen Außenminister und den serbischen und rumänischen Gesandten wegen einer Intervention dieser beiden Staaten im Falle einer eventuellen Verteidigung Konstantinopels stattfinden.

### Griechisch-jugoslawisch-rumänischer Verteidigungsplan.

Rom, 10. Juli. Die Turiner Zeitung „Stampo“ berichtet, daß das griechische Außenministerium unter Beteiligung der Gesandten Jugoslawiens und Rumäniens den Plan einer gemeinsamen Verteidigung Konstantinopels gegen einen eventuellen Angriff der Truppen der Angotoregierung fertiggestellt haben. Griechenland und Rumänien sichern ihre Mitarbeit unter der Bedingung zu, daß die Verbündeten sie im Falle eines Konfliktes mit Bulgarien unterstützen.

### Türkische Offensive.

Konstantinopel, 10. Juli. (PAT.) Die Türken beginnen an der Front Brüssel eine Offensive, indem sie die Greden von Jenischekir und Demlik aus angriffen. Die Griechen räumen Talone.

### Der Kampf um Konstantinopel.

London, 10. Juli. (PAT.) In Erwartung eines Angriffs auf Konstantinopel sammelten die Griechen in Thessaloniki eine Division. Falls es nicht zu diesem Angriff kommt, wird die Division dem Kommando der alliierten Truppen in Konstantinopel zur Verfügung gestellt.

### Der türkische Kriegsbericht.

Angora, 9. Juli. (PAT.) Der offizielle türkische Bericht vom 8. Juli meldet, daß die Türken die Griechen südlich von Samsun angegriffen haben und sie zum Rückzug zwangen, wobei sie ihnen schwere Verluste beibrachten. Im Abschnitt Iznid ziehen sich die Griechen weiter nach Westen zurück.

### Streit in Berlin.

Berlin, 10. Juli. (PAT.) Die Funktionäre der städtischen Betriebe wollen von einem Generalstreit abschaffen, wenn der Oberbürgermeister sich für die von der Gewerkschaftskommission geforderte Zugabe von 10 v. H. persönlich beim Magistrat einsetzt. Der Oberbürgermeister wird diesen Beschluß der Funktionäre dem Magistrat unterbreiten.

### Arbeitslage in der Tschechoslowakei.

Wien, 9. Juli. (PAT.) Aus Prag wird gemeldet: Infolge der Industriekrisis sind in einer Reihe von Bergwerken die Hochöfen ausgebaut worden und drohen Arbeitseinstellung und Arbeitsunterlassungen in der Tschechoslowakei in großem Maße einzutreten.

### Der Lemberger Kellnerstreit beendet.

Lemberg, 10. Juli. (PAT.) Der Kellnerstreit in Lemberg, der annähernd drei Wochen dauerte, wurde zur Zufriedenheit beider Parteien erledigt.

## Die deutsch-polnischen Beziehungen.

Warschau, 9. Juli. „Nzeczpolis“ berichtet aus Berlin: Der Außenminister Skirmunt hatte eine längere Besprechung mit dem Korrespondenten der Telegraphen-Union über die polnisch-deutschen Beziehungen. Vor allem betonte der Minister den friedlichen Standpunkt der polnischen Regierung und sagte, daß er sich bemühen wird, zu einer Verständigung zu gelangen und einen modus vivendi mit Deutschland zu schaffen. Eine solche Verständigung ist vor allem durch die wirtschaftlichen Nördnischen bedingt, trotz einer gewissen Opposition deutscher politischer Kreise, die nicht versteht, daß der wirtschaftliche Wohlstand Polens den deutschen Transitverkehr und die Möglichkeit der Handelsbeziehungen mit Russland verringert. Der Außenminister ist überzeugt, daß in nächster Zeit Deutschland sich gleichfalls von der Notwendigkeit zu beziehungen zu Polen überzeugen wird, und zwar in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht.

Über die wirtschaftliche Lage Polens sprach, erklärte der Minister, daß der Pessimismus der deutschen Presse unbegründet ist. Es ist zweifellos, daß die durch einen siebenjährigen Krieg vernichtete wirtschaftliche Lage Polens gegenwärtig nicht befriedigend sein kann; aber es zeigt sich eine Besserung wie im Transitzo auch im ständigen Export. Außerdem darf man den guten Eindruck der in Aussicht stehenden guten Ernte in Polen auf die finanzielle Lage nicht unterschätzen. Daher ist die Hoffnung berechtigt, daß Polen alle diese wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten überwindet.

Darauf erkundigte sich der Korrespondent über das Verhältnis Skirmunts zu dem Grafen Sforza. Herr Skirmunt sprach sein Bedauern über den Rücktritt Sforzas aus, und dies nicht nur hinsichtlich der ausgezeichneten persönlichen Beziehungen zum Grafen Sforza, sondern auch hinsichtlich des Verhältnisses des Grafen Sforza zu allen Polen betreffenden Problemen, wenn auch der Standpunkt Sforzas in der oberhessischen Angelegenheit die berechtigten Interessen Polens nicht genügend berücksichtigte. Während der weiteren Unterredung betonte Minister Skirmunt, daß die Öffentlichkeit noch nicht genügend den Einfluss Sforzas auf die französisch-englischen Beziehungen eingeschätzt hat.

## Polen und Vatikan.

Warschau, 9. Juli. (Tel.-Ull.) Die Ernennung des Karolowitsch durch den Papst ohne vorherige Verständigung mit der polnischen Regierung hat in polnischen Kreisen einen sehr peinlichen Eindruck gemacht. Die polnische Regierung beabsichtigt, gegen dieses Vorgehen des Vatikans aufzutreten.

## Deutschland und Jugoslawien.

Berlin, 9. Juli. (Tel.-Ull.) Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, befinden sich zurzeit Vertreter leitender jugoslawischer Wirtschaftskreise in Berlin, um zu einer großen Handelsorganisation zwischen Deutschland und Jugoslawien die nötigen Schritte einzuleiten. Unter den jugoslawischen Vertretern stehen die der Belgrader Kommissionshandlung an erster Stelle. In Jugoslawien trügt man sich mit dem Gedanken, ein Lager deutscher Fabrikate einzubauen, um sich mit dem Gedanken, ein Lager deutscher Maschinen, zu errichten, um auf diesem Wege mit der deutschen Produktion in engste Verbindung zu treten.

## Polnisch-Danziger Zollunion?

Danzig, 9. Juli. (PAT) Im Zusammenhang mit den schwierigen polnisch-Danziger Angelegenheiten wandte sich der Verband der Kaufleute, die sich mit dem Handel von Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten beschäftigen, an die Handelskammer mit der Forderung, daß sie sich mit allen Kräften bemühen möchte, in der gegenwärtigen Zeit eine polnisch-Danziger Zollunion und noch mehr eine wirtschaftliche Einigung zwischen Polen und Danzig zu verhindern. Die gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen verhindern nach Meinung dieser Kreise jegliche Handelsbeziehungen mit Polen. Man muß sich daher an den Wölkerbund, den Gründer der Freistadt, mit der Forderung wenden, daß der Termin des Inkrafttretens der polnisch-Danziger Zollunion solange vertagt wird, bis die Handelsverhältnisse in Polen einen normalen Zustand erreicht haben. Polen muß seine Finanzpolitik ändern und vor allem alle Einfuhrbeschränkungen aufheben.

## Vom Danziger Volkstag.

Danzig, 10. Juli. (PAT) Im Danziger Volkstag fanden Ansprachen über den Wohnungsmangel und die Wohnungsteuer statt. Die Redner der Linken griffen den Senatsrat an wegen der Hinziehung der Verhandlungen mit Polen, um es zu einer Verständigung zwischen Polen und Danzig nicht kommen zu lassen. Abg. Mau (Unabh. Soz.) sagte

u. a.: „Die angekündigte Wohnungssteuer und die Erhöhung des Brotpreises hat große Erregung unter der Bevölkerung hervorgerufen, was jedoch den Senat nicht hindert, sich zielbewußt der Beendigung der polnisch-Danziger Verhandlungen zu widersetzen, und dies im Interesse einer kleinen Gruppe von Agrarier, die mit dem Abschluß der Verträge die Zufuhr aus Polen befürchten. Der Senat sabotiert die polnisch-Danziger Konvention und die stattfindenden Verhandlungen, anstatt nach einer Aufsetzung der Pollgrenze zwischen Polen und Danzig zu streben, was allein die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sichern würde.“ Abg. Jednabski, der Vertreter des Polnischen Klubs, griff scharf den Senat an und machte ihm dieselben Vorwürfe. Der Senat tut nichts, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, er erschwert die Existenz und die Entwicklung der polnischen Industrie in Danzig, die zahlreiche Danziger Arbeiter beschäftigen könnte. Er wolle eine Verständigung mit Polen nicht zulassen.

Nach Beendigung der Aussprache über die Wohnungsfrage wurde über den Antrag der Sozialisten betreffend die Danziger Gewehrfabriken beraten. Sie verlangen ihre Umgestaltung und ihre Anpassung an die Friedensziele. Die Sozialisten fordern die Einleitung von Schritten, um diese Fabrik mit der ganzen Einrichtung Danzig anzuerkennen. Der Direktor dieser Fabrik, Prof. Noe, bemerkte zu den Ausführungen der Vorredner u. a., daß Danzig nicht das Recht habe, diese Fabrik umzugestellen, da sie diese nur bis zur Entscheidung über ihr Schicksal verwaltet. Über die Einrichtung wäre vor einigen Monaten von maßgebenden Faktoren in dem Sinne entschieden, daß alle Maschinen fremden Staaten, z. B. Polen, zuverlaßt werden sollten.

## Vom Reichsgericht: Urteil im Prozeß Laut.

Berlin, 9. Juli. (PAT) Das Reichsgericht in Leipzig sprach Oberleutnant Laut, der angeklagt war, den französischen Hauptmann Migot erschossen zu haben, frei.

Leipzig, 10. Juli. (PAT) Das Reichsgericht sprach General Schack und Krauschka frei.

## Sowjetrussland.

Riga, 10. Juli. (PAT) Die Sowjetdelegation in Riga teilt mit, daß die Sowjetregierung nicht damit einverstanden ist, daß Einrichtungen der Feuerwehr in Russland geräumten Fabriken nach Lettland gesandt werden.

## Der Sowjetkongress für die Weltrevolution.

Kopenhagen, 9. Juli. (Tel.-Ull.) Auf dem Sowjetkongress äußerte Bela Kun und die deutschen Kommunisten die Meinung, daß man so schnell wie möglich auf die allgemeine Weltrevolution hinarbeiten müsse, während Lenin und Trotzki zur Mäßigung rieten. Hierfür sprach sich auch die Mehrheit aus.

## Geldwirtschaft in Sowjetrussland.

Moskau, 10. Juli. (PAT) Der Rat der Volkskommissare beschloß, alle Einschränkungen im Geldverkehr aufzuheben. Alle auf laufende Rechnung angelegten Summen oder Summen, die sich in den Institutionen des Volkskommissariats oder in den Kassen der Sowjets befinden, unterliegen nicht der Beschlagnahme. Alle auf laufende Rechnung angelegten Summen, Überweisungs- oder Verrechnungssummen, müssen auf die erste Forderung hin herausgegeben werden.

## Aus Wladivostok.

Paris, 9. Juli. (Tel.-Ull.) Die Vertreter von Wladivostok und Semerow, die seit einem Monat miteinander über eine neue Regierung von Wladivostok verhandelt haben, sind auseinandergegangen, ohne zu einem positiven Ergebnis gekommen zu sein. Man vermutet, daß die Regierung von Wladivostok nicht nachgeben will. Semerow ist nun nach Nikolst abgereist. Er soll beobachten, noch Kowno zu gehen, um sich dort des ganzen Eisenbahnmaterials zu bemächtigen und damit die Regierung zu zwingen, ihn anzuerkennen.

## Die Serben gegen den Kommunismus.

Wien, 9. Juli. Aus Belgrad wird gemeldet: An den Präsidenten des Parlaments wurde eine mit 84 Unterschriften versiegte Petition eingebracht, die die Forderung enthält, den kommunistischen Abgeordneten Kowatschowitsch und Schopitsch, die in die Angelegenheit des Anschlages auf den Thronfolger Alexander verwickelt sind, das Mandat zu entziehen. Am 8. Juli versammelten sich vor dem Schloß des Thronfolgers ungeheure Scharen, die ihre Freude über das Mißlingen des Attentats zum Ausdruck brachten. In Belgrad sind in Verbindung mit dem Attentat zahlreiche politische und kommunale Persönlichkeiten eingetroffen. Im ganzen Lande herrscht große Empörung über die Kommunisten.

## Tanzwut und Tanzseuche.

Von Dr. Omega.

Im Jahre 1874, als die Nachwesen des Schwarzen Todes noch nicht verwunden waren, ergriß in Deutschland ein seltsamer Wahn die Gemüter. Es war eine Verzückung, die den Körper wunderbar durchströmte und das Staunen der Zeitgenossen erregte. Schreien und wutschäumend, in wilden Reigen und bacchantischen Sprüngen, boten die daran befallenen Menschen den Anblick von Besessenen. Wie eine dämonische Volkskrankheit blieb diese Seuche nicht auf einzelne Orte beschränkt, sondern verbreitete sich, vorbereitet durch die herrschende Sinnenart, über ganz Deutschland und die angrenzenden Länder. In Aachen z. B. gewährten Scharen von Männern und Frauen überall das sonderbare Schauspiel, schlossen Hand in Hand Kreise und tanzten, ihrer Sinne anscheinend nicht mächtig, stundenlang in wilder Raserei, ohne Scheu vor den Umstehenden, bis sie erschöpft niedersanken. Während des Tanzes hatten sie Erlebnisse; sie sahen nicht, sie hörten nicht, ihre Phantasie gaukelte ihnen Geister vor, in ihrer Verzückung sahen sie den Himmel offen. Das Volk lief scharenweise zusammen, um sich mit gierigem Blick an dem Schauspiel zu weiden. Von Aachen ging die Tanzwut auf Köln über, wo die Zahl der Besessenen auf mehr als 500 anwuchs, und auf Nez, wo 1100 Tänzer sich gesammelt haben sollen. Landleute verließen den Pfug, Handwerker die Werkstätte, Hausfrauen den Herd, um sich dem wilden Reigen anzuschließen. Heimliche Begierden wurden aufgerieben und fanden Gelegenheit zu wilder Verzückung. Mädchen und Knaben entließen ihren Eltern und Dienstboten ihren Brothernen, um sich an den Tänzen zu ergötzen und das Gift der geistigen Ansteckung begierig einzufangen. Scharen von Müßiggängern, welche die Gebäuden und Gärten trefflich nachnahmen, zogen, Unterhalt und Abenteuer suchend, von Ort zu Ort. Trotz aller Beschönungen der Priester und Heilmittel der Ärzte schlich die Seuche weiter und erregte noch viele Jahre lang in den Städten, deren Bewohner sie neu war, ebenso wunderbare wie verabscheuungswürdige Anfälle.

So ungefähr schildert Dr. Heder<sup>\*)</sup>, weiland Professor an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin, die Tanzwut des Mittelalters, die mit dem heiligen Johannes im Namen und Ursprung in Zusammenhang gebracht wurde.

Der Johannistang war an sich ein uralter Brauch zur Feier des Johannistages, der ja auch sonst durch allerlei wilde und sonderbare Gebräuche gefeiert wurde, die, wenn es etwas hochging, zu bacchantischem Taumel, zu übermütigem Sinnenrausch ausarteten; aber die überschäumende Lust war mit dem Beginn des Alltags wieder vertrauscht. Erst ganz besondere Ursachen konnten

aus dem Johannistang eine Seuche machen, die lange Jahre einen großen Teil der Welt beherrschte. Wer denkt, wenn er obige Schilderung liest, nicht unwillkürlich an unsere heutige Zeit? Gemildert durch die Feinesse und die Überkultur unserer Tage durchzieht auch heute eine übermütige Lust am Tanz eine „Tanzwut“, alle Länder und Völker. Aus den graziösen Bewegungen der Schäfer und Schäferinnen und den liebenswürdigen Ländleien des Walzers ist der moderne Tanz geworden, der mit seinen raffinierten Variationen der Vereinigung und der Trennung — den Tänzern wohl nicht immer ganz bewußt — als eine „verfeinerte, verschleierte und verschobene Modifikation des sequuellen Suchens und Sichfindens“ anzusehen ist. Die „Kultur“ und „Bibilisation“ äußert sich gerade in der mangelnden Aufrichtigkeit, zugeben, daß die jehige übermäßige Sucht des Tanzens eine Form oder der Beginn seuzeller Ausschreitungen ist; im Gegensatz zu der Naivität und Harmlosigkeit primitiver Volksstämme, die sich bewußt und unbewußt ihren erotischen Tanzfreuden hingeben. Wenn man eine Beschreibung des Tanzes des verliebten Einerichs<sup>†</sup> der Neugaleonier oder des „Piu-Piu-Tanzes“ der Neu-Kaledonier liest, bei denen unzweideutige Louren, das Hin und Her, das Vor- und Rückwärtsbewegen des Unterkörpers eine besondere Rolle spielen, so kann man keinen Augenblick im Unklaren sein, daß wir in den Tanzbewegungen, an die sich unsere Augen z. B. beim Tango selbst auf Hausbällen gewöhnt haben, Nachahmungen oder (wenn auch nur unbewußte oder ange deutete) Imitationen des freien und ungebundenen Liebeslebens der Naturvölker vor uns haben.

Es wäre natürlich ebenso töricht, diese ganze eigenartige Bewegung, die eine universelle Verbreitung gefunden hat, in Bausch und Bogen verurteilen, wie sie etwa durch Zwangsmäßregeln unterdrücken zu wollen. Starke sinnliche Instinkte, selbst wenn sie durch scheinbar verdammenswerte Erscheinungen und Außerlichkeiten geweckt und vermehrt werden, sind nicht gewaltsam aus der Welt zu schaffen. Vielleicht ist es sogar die Absicht der Natur, durch Anstrengung dieser Triebe den Wiederaufbau dezimierter Völker zu begünstigen. Eine solche seelische Epidemie braucht wie jede andere Seuche für ihre Entwicklung und Verbreitung ihren Nährboden. Allerdings ist sie nicht abhängig vom Stand des Grundwassers oder den Strömungen der Luft, wie Seuchen größeren Ursprungs, die den Körper ergreifen. Die Tanzseuche verbreitet sich, wie Heder sagt, „auf dem Strahl des Lichtes, auf dem Flügel des Gedankens, erschüttet durch sinnliche Reize den Geist und strahlt in die Nerven, die Wege seines Willens und seiner Gefühle, wunderbar aus.“

Es erscheint vielleicht weniger gewagt, zwischen der modernen Lust am Tanz und den schweren Tanzseuchen des Mittelalters eine Analogie zu ziehen, wenn man an die Ursachen und Ereignisse, die ihnen vorausgingen, denkt. Wir selbst stehen wohl noch zu unmittelbar unter dem Eindruck der Einzelheiten der gewaltigen Zeit,

## Sejm.

Sitzung vom 8. Juli.

Warschau, 9. Juli. (PAT)

Vor der Tagesordnung ergriff der Abg. Adam das Wort: Die Polnische Volkspartei brachte einen Dringlichkeitsantrag unter dem sensationellen Titel: In der Angelegenheit der Vergewaltigung der Bevölkerung durch die Abg. Adam und Skarbek durch Verlangen einer Konzession der Regierung zum Verkauf von Eisenbahn- und Schiffsfahrtskarten. Der Antrag fordert, daß der Sejm die Mandate beider Abgeordneten für ungültig erklärt und diese Konzessionen zurückzieht. Dieser Antrag ist heute schon in einem Teil der Warschauer Presse veröffentlicht. Wie sieht die Sache nun in Wirklichkeit aus? Der „Giemski Bank“ redet, wie ich bin, geschlossen im Jahre 1919, in Polen ein großes Reisebüro, wie solche in den Weststaaten bestehen, zu gründen. Hierzu war die Konzession des Innenministeriums nötig. Danach mußte ein entsprechendes Abkommen mit dem Eisenbahnministerium geschlossen werden. Die Konzession erhielt die Bank schon im Mai 1919 und verpflichtete sich, eine entsprechende Organisation zu bilden, die dieses Bureau eröffnete. Im Februar wurde ein Abkommen geschlossen, und die Gesellschaft begann ihre Tätigkeit. Wie kommt nun in den Dringlichkeitsantrag das Datum des 18. Juni 1921? Da die Bank diese Konzession für die unter dem Namen „Orbis“ gegründete Firma erhielt, mußte die Konzession auf diese Firma übertragen werden. Das geschah durch ein Schreiben des Ministeriums vom 18. Juni d. J. Ich überlasse Alarben den das Urteil, ob man den Abgeordneten deshalb einen Vorwurf machen kann. Ich persönlich sehe dies als einen Angriff auf offenen Wege an. Gestern morgen bat ich den Marschall, die Angelegenheit dem Marschallgericht zu übergeben, womit er einverstanden war.

Dann folgte die weitere Aussprache über die Bevollmächtigung der Regierung zum Erlös von Verordnungen über Regelung des Geldverkehrs mit dem Ausland und eines Gesetzes über die Emission von Scheinen und den Kredit des Staates. Abg. Wojdalinski bemerkte, daß seit langem schon ein reales Programm der Innen- und Außenpolitik geschaffen werden müßte. Man befürchte nicht die Erhöhung aller Steuern zur Höhe der Grundsteuern. Die Regierung wird zur Streitung der unproduktiven Ausgaben aufgefordert. Viele Staaten waren schon in ähnlicher Lage und überall ist es gelungen, mit der Zeit das Gleichgewicht durch Erhöhung der Produktion, der Ausfuhr und durch große Sparmaßnahmen zu erreichen. Abg. Adam: Diese leidenschaftliche Aussprache brachte uns sachlich sehr wenig. Der Staat braucht notwendig neue Gedanken. Ich bin überzeugt, daß der Ausgangspunkt zur Gesundung unserer Finanzen nicht die Einnahme, sondern die Ausgaben sein müssen. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, welche uns ermöglichen, das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederzufinden. Meine Partei wird gegen alle finanziellen Vorlagen der Regierung stimmen. (Bravo!)

Abg. Dymowski: „Wir haben zu den durch den Minister vorgeschlagenen Mitteln kein Vertrauen und werden gegen das Gesetz stimmen.“ Abg. Rudzinski: „Solange die Regierung nicht das Budget vorlegt, können wir nicht über große Summen entscheiden. Schon die Tatsache, daß die Regierung bisher das Budget nicht vorgelegt hat, erlaubt uns nicht, für die finanziellen Vorschläge der Regierung zu stimmen. Mein Club (die Polnische Volkspartei) wird an der Abstimmung nicht teilnehmen.“

Nach einer Pause nahm Abg. Sapinski das Wort, der ausführlich die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse kritisiert, indem er Beispiele zur Unterstützung seiner Argumente anführt. Abg. Weinzierl erklärt, daß keines dieser Argumente überzeugend. Der Sternpunkt ist, daß keiner der Gesetze über den Kredit des polnischen Landesdarlehnsfonds wurde mit 128 gegen 115 Stimmen angenommen, das zweite Gesetz über den Kredit der polnischen Landesdarlehnsfonds wurde mit 123 gegen 110 Stimmen angenommen, auch das dritte Gesetz über den Geldverkehr mit dem Ausland wurde in gewöhnlicher Abstimmung mit Stimmenmehrheit angenommen. Sofort kam die dritte Fassung. Nach der Aussprache des Abg. Wierzbicki wurden alle drei Gesetze in dritter Fassung angenommen.

Darauf sprach Abg. Swida über die Inbetriebsetzung der Sägemühlen in den staatlichen Wäldern. Nach Ansprachen der Abg. Breissli, Seyda, Witoslawski und Skierkiew wurde die Dringlichkeit und das Meritum angenommen, welches lautet: „Es wird eine Sejmkommission aus

die wir erlebt haben, deren ganze überwältigende Größe und Furchtbarkeit vielleicht erst unsere Enkel und Enkelkinder werden erfahren können. So wie der Tanzseuche des vierzehnten Jahrhunderts der „Schwarze Tod“, die Pest, mit der ungezählten Seute des Todes vorausging, so hat der Weltkrieg die Schuld an einer elementaren Auflösung aller Leidenschaften, die jahrzehnt gebürgt und zurückgehalten wurden. Die seelische Sonnituation der Menschheit ist geschrumpft und nach langen, ungewöhnlichen Erlebnissen und Enttäuschungen allen bösen Instinkten zugängig geworden. Die Erregung des Krieges ist abgelöst worden durch die Revolution des Seelenlebens, die sich kennzeichnet durch die Lockerung aller Hemmungen. Die Schatten sind gewichen. Mein und Dein sind gefallen, der Egoismus zeigt sich verwerflichsten Ausschreitungen, die sich nicht zum wenigsten in rücksichtsloser Segualität austoben. Der beobachtende Laie ist leicht geneigt, die in unzähligen Tagen geprägte Tanzwut, die in ihren Auswüchsen die weitesten Kreise weit auseinanderliegender Altersstufen ergriffen hat, darauf zurückzuführen, daß die Menschen die lang verbotenen Genüsse hemmungslos wieder suchen, daß sie in übermüdiger Laune, in geisteigerter Sinnenslust die traurige Zeit zu vergessen suchen. Die Begründung mag zum Teil gelten, aber genügend ist sie nicht. Der Arzt bekommt täglich andere Bilder von der Erfährtlichkeit der über alle Begeisterungen gestiegenen Sexualität, wenn er die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten bei jung und alt sieht, wenn er die „Liebemänner“ unter den eben heranwachsenden Jugend findet, wenn ihm täglich werdende Mütter zu Gesicht kommen, die kaum selbst den Kinderschuhen entwachsen sind. Diese steigende Revolutionierung ist, wenn auch nicht auf eine Stufe zu stellen, so doch durchaus vergleichbar mit den Ausschreitungen jener Tanzseuchen, die uns aus dem Mittelalter, verbrannt durch die phantastische Auffassung jener Zeit, überliefert sind. Auch damals herrschten, speziell in Deutschland, trübselige Zustände. Die Pest hatte mit allen ihren Schrecken das Volk geplagt, die Sicherheit hatte aufs äußerste gesunken, freie Willkür, rohe Kraft herrschten überall, an Glenden und Niedergebungen fehlte es nirgends.“

„Wiel hundert fingen zu Straßburg an zu tanzen und springen, Frau und Mann, um offenen Markt, Gassen und Straßen Tag und Nacht ihrer nicht viel aßen. Bis ihn das Wüten wieder gelag.“ St. Vitus-Tanz ward genannt die Plag“. Berichtet J. W. Königshoven in seiner alten Straßburger Chronik. Hier finden wir auch die erste Andeutung, daß der heilige Vitus dem Kapellen in Babeln und Rothenstein geweiht waren, zug Hilfe der verirrten Sinne der Tanzsüchtigen angerufen wurde. Die Priester versuchten mit Hilfe der Religion des Wahnes Herr zu werden und — vielleicht durch einen Zufall — wurde der hl. Vitus der Schutzheilige der Tanzsüchtigen, wie einst St. Martin von Tours der „Rothelfer“ der Bothenfranken war. (Schluß folgt)

<sup>\*)</sup> Heder, Die Tanzwut. Berlin 1882 bei Theod. Christ. Friedr. Enslin.

</

7 Mitgliedern zur Prüfung der Tätigkeit der Grenzwache gebildet." Das Marschallgericht wird vom Abg. Pfarrer Lutoflawski. Ein Urteil für die von ihm am 7. d. Mts. dem Sejm gegenüber gemachten Vorwürfe verlangen, nach denen verschiedene von ihm nicht genannte Parteien die öffentlichen Fonds zu Partei Zwecken ausnutzen; es rügt den Missbrauch des Sejmtribunals und die Unberichtigkeit der Abgeordneten für Angriffe auf ganze Parteien und rügt die damit verbundene Herauslösung des Ansehens des Sejms. Abg. Pfarrer Lutoflawski erklärte, daß er die Polnische Volkspartei geneint habe. — Nächste Sitzung am 28. Juli, nachm. 4 Uhr.

## Deutsches Reich.

\* Der Reichskanzler in Breslau. Der Reichskanzler Dr. Wirth und der Minister des Innern Dominicus haben sich zu mehrätigem Aufenthalt nach Breslau begeben, um mit den dortigen öberschlesischen und schlesischen Stellen persönliche Führung zu nehmen. Der Reichskanzler wird heute nachmittag, wie bereits angekündigt, in der Jahrhunderthalle in Breslau eine Rede halten, in der er die öberschlesische Frage im besonderen erörtern wird.

## Zur Domänenfrage.

### Eine frohe Botschaft.

Die "Danziger Zeitung" vom 9. Juli bringt folgende Mitteilung: Das Generalsekretariat der Botschafterkonferenz übermittelte der deutschen Botschaft in Paris folgende Note vom 4. Juli:

Unter dem 30. Juni hat Herr Meyer dem Präsidenten der Botschafterkonferenz mittheilen lassen, daß die polnische Behörde im Begriff sei, am 1. Juli mit der Vertreibung der Pächter der ehemaligen preußischen Domänen in den an Polen abgetretenen Gebieten zu beginnen, eine Frage, die bereits mit Schreiben Nr. 6362 vom 4. Juni vom deutschen Botschafter der Konferenz zur Prüfung unterbreitet worden war. Herr Meyer hat die Konferenz ersucht, ohne Bezug zu intervenieren, um die drohenden Vertreibungen zu verhindern.

Das Generalsekretariat der Konferenz beehrt sich, als Antwort auf diese Mitteilung den deutschen Botschafter wissen zu lassen, daß Herr Alphand, der mit der Berichterstattung in dieser Frage von der Konferenz beauftragt war, aus eigener Initiative bei der polnischen Delegation intervenierte, worauf diese sofort die politische Regierung aufgefordert hat, die in Aussicht genommenen Vertreibungen einzustellen. Der von Herrn Meyer ausgedrückte Wunsch ist demnach erfüllt worden unter Vorbehalt der Entscheidung, die die Konferenz selbst auf Grund der erlangten Information in dieser Frage treffen wird."

Wie ans ganz zuverlässig mitgeteilt wird, hat das Ministerium in Warschau entsprechend dieser Entscheidung sofort an alle in Betracht kommenden Behörden die entsprechenden Anstruktionen ergehen lassen. Sollten trotzdem von untergeordneten Stellen irgendwelche Schritte gegen die Pächter unternommen werden, die dieser Entscheidung entgegenlaufen, so wird dies zunächst darauf zurückzuführen sein, daß die Verfügung des Ministeriums noch nicht überall bekannt geworden ist. Den Pächtern steht in diesem Falle der Beschwerdebeweg an das Ministerium offen.

Auch in bezug auf die Entschädigungsfrage dürfen wir den Pächtern tröstliche Nachrichten geben. Das Ministerium des ehemal. Preuß. Teilegebietes hat erklärt, daß den Pächtern die volle angemessene Entschädigung ausgesichert ist, sie also keinerlei Schädigung zu befürchten haben. Alle bisherigen Lagereinführungen dürfen demnach hinfällig sein; Pächter, die sich durch bislang festgelegte Taxen geschädigt fühlen, dürfen sich beschwerdeführend an das Ministerium wenden.

## Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 11. Juli.

### Stadtverordnetenstzung.

Die Stadtverordnetenstzung am Sonnabend eröffnete der stellvertretende Vorsitzende Grzegorzewicz um 7 Uhr bei schwach besetztem Hause mit der Verlesung einer Erklärung des Finanzausschusses, der den Vorwurf einer Sabotage gegen das Große Theater durch den Direktor Dolzki für nicht begründet erachtet. Stadtv. Wybierski versuchte den Standpunkt zu rechtfertigen, den er gegen Dolzki eingenommen hat. — Stadtv. Dr. Stark weist die Angriffe zurück, die der "Kurier Poznań" in der Frage des Stadttheaterhauses gegen ihn erhoben hat. Darauf trat man in die Beratung der Tagesordnung ein.

Als erster Punkt der Tagesordnung wurde über den Voranschlag der Kapital- und Schuldenverwaltung beraten (Berichterstatter Stadtv. Wybierski). Aus dem Voranschlag geht hervor, daß an Deutschland noch gegen 27 Millionen Mark Schulden abzuzahlen sind, deren Zinsen in deutscher Waluta bezahlt werden müssen. Es besteht die Hoffnung, daß eine Regelung dieser Schulden auf gütlichem Wege erfolgen wird.

Über den Voranschlag der Park- und Gartenverwaltung berichtete Stadtv. Wallenstedt. Im Titel 8 registriert der Magistrat die Einnahme aus dem Grundstück am Schilling mit 100 000 M. Es lohne sich doch wahrscheinlich, 75 000 M. auszugeben, um eine Einnahme von 100 000 M. zu ergießen. Die Einnahmen des Voranschlages ständen in keinem Verhältnis zu den Ausgaben. So bringen zum Beispiel die Obstbäume einer bestimmten Chaussee nur 10 000 M. an Einnahmen. Dieses flinge unwahrscheinlich Entweder werde dort der größte Teil des Objetes gestohlen, oder es geschehe etwas anderes damit. Die Verpachtung der Gartenwirtschaft in Colatsch brachte 75 000 M. gegen 25 000 M., die im vorhergehenden Jahre erzielt wurden. Wenn sich dieser Voranschlag weiter präsentiert, so müsse er eben gefürchtet werden. Die Gesamtvoranschlagsbildung befindet sich auf 9 241 000 M. Die für die Bänke vorgesehenen Ausgaben erweisen sich als zu gering und müßten auf 100 000 M. erhöht werden.

Stadtrat Romicki. Die Erhaltung und das Instandsetzen der städtischen Gärten werde immer eine Belastung für die Stadt bedeuten. Die vorgeschlagenen 9 Millionen sind für die Plantagen und Anlagen im Innern der Stadt bestimmt. Der Boden am Schilling sei nicht dazu angemessen worden, um damit einen Gewinn zu erzielen. Der Magistrat könne nur eine Hälfte dieses Voranschlags mit Gemüse bepflanzen lassen, da die andere Hälfte noch drei Jahre ruhen müßt. Es sei zu befürchten, daß die geforderten Ausgaben infolge der ständig wachsenden Arbeitslöhne nicht aufzutragen werden. Von anderen Titeln haben wir außer dem Ertrage, den die Pflanzen für Dekorationszwecke bringen, keine Einnahmen zu erwarten. Der Redner geht zu einer Besprechung der Schäden über, die der Park- und Gartenverwaltung durch mutwillige Verstörung von Pflanzen und Bäumen entstehen. In den letzten zwei Jahren sei in dieser Beziehung ungewöhnlich geblieben. Das Gehen auf den Rasenflächen sei eine alltägliche Gewohnheit vieler. Es werden nicht bloß Zweige abgebrochen, sondern ganze Blumentöpfe ausgegraben. Die Leitung der städtischen Parkverwaltung sei sich genötigt, alle Erlaubnisse, die das Verweilen auf verschiedenen Rasenflächen betreffen, rückgängig zu machen. Die Schönung der Gärten könne als dringende Bürgerpflicht nicht oft genug gepredigt werden. Letzten Endes werden wir nichts erreichen, wenn wir nicht gemeinsam darauf achten, daß in dieser Hinsicht keine Vergangenheit stattfindet.

Stadtv. Wallenstedt: Die Erklärungen des Stadtrats Romicki befreiden vollkommen.

Stadtv. Bączkowski: Wir in Posen müßten bei diesem Voranschlag etwas optimistischer sprechen und dem Gartendirektor für das Oberamt dankbar sein. Alle Fremden, die nach Posen kommen, sprechen mit großer Begeisterung von den Gartenanlagen. sogar aus dem Munde der Einwohner ist uns Lob geworden.

Wenn die Entwicklung unserer Gartenanlagen so weiter fortschreitet, dann werde Posen eine der schönsten Städte Polens werden. Um weiteren Beschädigungen der Gartenanlagen vorzubeugen, müßten die schärfsten Mittel angewandt werden. Wo zu haben wir denn ein Strafgesetzbuch? Nicht Hunderte, sondern Tausende von Mark an Strafen müßten erhoben werden. In den Gärten tragen die Wächter eine merkwürdige Waffe. Sie sieht halb wie ein Regenschirm und halb wie ein Bajonettschaft aus. Auch die Verwendung dieser Waffe sei außerordentlich merkwürdig. Gedankenlos geht man durch die Anlagen; plötzlich wird man durch furchtbare Schreie aufgeschreckt. Und was ist geschehen? Der Wächter in den Anlagen hat mit seinem merkwürdigen Instrument einen Hund gespielt, weil dieser die Warnungstafel, die ihm das Betreten des Rasens verbietet, nicht beachtet. Das sei doch eben nicht abzuändern, daß die Hunde sogar hier in Posen nicht lesen können. Offizielle Tierquälerei sei strafbar. Die Wächter müßten über den Gebrauchszauber ihrer Waffe belehrt werden. Und dann noch etwas: Da wir heute hier so zwanglos, fast wie eine Familie versammelt sind, so möchte ich die Herren noch einmal auf die Befestigung der deutschen Denkmalsüberreste aufmerksam machen. Vor zwei Jahren wurden die beweglichen Teile dieser Denkmäler fortgeschafft, die Überreste seien aus wie Grabmäler, und Fremde, die die Stadt besuchen, fragen, wer denn hier begraben liege. (Große Heiterkeit.) Am Platz Wolnosci (fr. Wilhelmsplatz) stehen noch zwei Kanonen; ihr Zweck ist mir nicht ganz klar. (Zwischenruf: Gegen die Hunde!) Diese Kanonen sind doch deutliche Trophäen, die gegen uns (?) gerichtet waren. Am Tage kletern die Kinder auf ihnen herum, fallen herunter und verunglücken. In der Nacht gehen tiefverläutete Philosophen dort vorbei und rennen sich die Schädel ein. Die Kanonen müssen beseitigt werden.

Stadtv. Leitgeber: Leider habe ich beim Vorredner verstanden, worüber ich sprechen wollte, und so hat er alles schöner gefragt, als ich es vermochte. — Der Redner spricht dann ebenfalls von der Befestigung der Denkmalsüberreste, die man an Interessenten unter der Bedingung verkaufen sollte, daß diese sie beseitigen.

Stadtv. Bane: In den Gärten werden im Abreihen von Sträuchern und Büschen wahre Orgien verübt. Blumen werden abgeplückt und 20 Meter weit fortgeworfen. In deutschen Zeiten hielt die Polizei jeden an, der irgendwelchen Zweig bei sich trug. Der Hundeblaue könnte man durch Wiedereinführung der Hundesteuer vorbeugen. Redner wünscht die Befestigung des Pavillons auf dem Wilhelmplatz und rügt die Granitfundamente gegenüber der Hauptpost, die zu hoch und daher für achtlöse Spaziergänger zu gefährlich sind.

Nunmehr wurde der Voranschlag der Park- und Gartenverwaltung angenommen. Gleichzeitig angenommen wurde ein Antrag des Stadtv. Leitgebers, der die Befestigung der deutschen Denkmalsüberreste innerhalb eines Jahres fordert.

Nunmehr wurde über die Erhöhung des Wasserzinses verhandelt. Berichterstatter war Stadtv. Wybierski. Vorgeschlagen war vom Magistrat eine Erhöhung des Wassergeldes von 8 auf 15 M. für das Kubikmeter.

In energischer Ausführung, der man den Ernst des Redners und seine Sorge um das Wohl der Stadt Posen anhört, führte Stadtv. Gaertig folgendes aus: Mit diesen fortwährenden Erhöhungen muß endlich einmal Schluss gemacht werden. Es schadet doch nichts, wenn der Wasserantrag einmal einen Fehlbetrag aufweist. Nach dem Gesetz darf dieser Voranschlag keinen Überschuss bringen. Die Erhöhung von 8 auf 15 M. ist doch ungeheuer.

Stadtv. Wallenstedt: Der Antrag ist am Freitag im Finanzausschuß mit 8 oder 4 Stimmen Mehrheit durchgegangen. Es geht aber nicht, daß eine solche geringe Stimmenmehrheit eine so wichtige Entscheidung beschließt. Ich bitte um Rücküberweisung dieser Angelegenheit an den Finanzausschuß.

Der Berichterstatter empfahl ebenfalls die Rückgabe der Vorlage an den Finanzausschuß. Die Versammlung beschloß diesem Antrag gemäß.

Der letzte Punkt forderte die Erhöhung des elektrischen Strompreises von 26 auf 33 Mark für die Kilowattstunde. Diese Erhöhung wurde ohne Widerspruch der Versammlung angenommen.

Derstellvertretende Vorsitzende schloß hierauf, da die meisten Berichterstatter der übrigen noch auf der Tagesordnung stehenden und bereits vorbereiteten Voranschläge nicht anwesend waren, die Sitzung um 8½ Uhr. △

### Ausflugverkehr Posen—Unterberg—Moschin.

Vom 15. d. Mts. ab werden auf der Strecke Posen—Unterberg—Moschin die Ausflugszüge 823/824 als täglich fahrende Züge in folgenden Beitätschnitten verkehren:

Bug 823: Posen Abfahrt 8 Uhr 45 Min., Luban Ankunft 8,58 Min., Abfahrt 8,57 Min., Unterberg Ankunft 9,06 Min., Abfahrt 9,07 Min., Unterberg Ankunft 9,12 Min., Abfahrt 9,18 Min., Moschin Ankunft 9,19 Min. Bug 824: Moschin Abfahrt 9,20 M., Unterberg Ankunft 9,26 Min., Abfahrt 9,37 M., Unterberg Ankunft 9,42 Min., Abfahrt 9,48 M., Luban Ankunft 9,52 Min., Abfahrt 9,53 M., Posen Ankunft 10,04 Min.

Die bisherige Verlegung der Fahrt der obengenannten Züge, die bisher nur an Sonn- und Feiertagen verkehren, wird aufgehoben. Gleichzeitig wird bemerkt, daß mit dem oben bezeichneten Tage der Frühzug, der aus Posen Richtung Nowitzki um 7 Uhr 10 Min. abfährt, ebenso wie der Nachmittagszug, der um 2 Uhr 40 Min. abfährt, bis zur Überprüfung dieses nicht auf den Stationen Unterberg und Puschlau anhält.

\* Die nächste Stadtverordnetenstzung findet Mittwoch nachmittag 6 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht in der Haupttheile die Fortsetzung der Staatshaushaltvoranschläge.

\* Die Schulbüchernot ist groß. Es herrscht insbesondere ein Mangel an deutschen Lesebüchern und deutschen Schul- und Rechenbüchern. Die deutschen Lehrer werden gebeten, an die Schulabteilung des Deutschkulturbundes in Bromberg, Platz Wolnosci 1 II, umgehend mitzuteilen, wieviel Lese- und Rechenbücher in der Schule fehlen. Es ist bei Lese- und Rechenbüchern die Angabe des Jahrganges, des Teiles und der Ausgabe notwendig. Die Auffüllung des Schulbuchbestandes der einzelnen Schulen wird von der Schulabteilung des Deutschkulturbundes nach Kräften vorgenommen werden. Es ist jedoch eine umgehende Angabe des Bedarfs notwendig. Die abwandernden Eltern werden gebeten, die Schulbücher ihrer Kinder der Schulabteilung geschenkweise zu überlassen.

\* Die Polizei darf Soldaten verhaften. Im "Monitor Polski" ist eine Verordnung veröffentlicht, nach der die Polizei in ganz Polen dem Militär gegenüber sich nach gemeinsam vom Kriegs- und Innensenator herausgegebenen Vorschriften zu verhalten hat. Danach werden Militärs, die auf frischer Tat erfaßt werden, wie Zivilisten behandelt, doch müssen die Polizisten von dem Vorfall den Militärbehörden Meldung erstatten.

\* Besteuerung von berausgängen Getränken. Nach einer Ministerialverordnung wird Alkohol, wie folgt, besteuert: Reiner Alkohol, Halbspirate und Fruchtschnäpse je 150 M. pro Liter, seltige Branntweinserzeugnisse 60 M. pro Liter. Ferner unterliegen der Besteuerung sämtliche Monopol-Branntweinserzeugnisse, welche sich am 1. Juli im Verkaufe befinden, desgleichen Bortate von alkoholischen Getränken privater Personen, sofern die Menge 5 Liter überschreitet.

\* Eine neue Seifenfabrik ist in Nad Wierzbakiem (früher Weidenthalstraße) in der ehemaligen Weidenthalmühle eingerichtet worden.

\* Geschäftsvorlauf. Die Destillation von Krakauer Nachf. ul. Strzelecka 26 (früher Schützenstraße) hat der Besitzer Samuel Jonas an Bartkowiak verlaufen.

\* Milionówka. Der Gewinn fiel in der Beziehung vom 9. Juli auf die Nr. 1 780 290.

\* Einbruchdiebstahl. In der Nacht zum Mittwoch voriger Woche wurden aus der verschlossenen Wohnung eines verfeindeten Bewohners im Hause ul. Staszica 19 (früher Moltkestraße) Herrenkleidungsstücke, Wäsche und Kleidungsstücke im Werte von 150 000 M. gestohlen. — Aus einer Wohnung des Hauses ul. Masztalerla 1 (früher Marshallstraße) wurde ein rot, grün und blau gesäumter Perserteppich im Werte von 100 000 M. gestohlen. — Aus der Gastwirtschaft St. Domingo in der Droga Debicka 7 (früher Eichwaldstraße) wurden in der Nacht zum Sonntag größere Mengen Alkohol, 80 Pfd. Wurst und 14 Brote im Gesamtwerte von 100 000 M. gestohlen.

\* Polizeibericht. Am Sonnabend und Sonntag wurden 14 Frauenpersönchen wegen körperlicher Unverträglichkeit und 10 Personen wegen Diebstahlverdachts festgenommen. Eine Person wurde zu ihrer eigenen Sicherheit wegen völliger Trunkenheit in Schutzhaft genommen.

\* Lissa i. B. 10. Juli. Beim unerlaubten Überschreiten der Grenze wurde am Montag abend der hiesige Anführer H. Husemann bei Laube von einem Militärpolizisten angeschossen. Er wurde durch das Militär sofort nach Lissa ins Lazarett gebracht und ist am Mittwoch an den erlittenen Verletzungen gestorben. Der Fall ist um so bedauerlicher, als es sich nicht etwa um einen Schmuggler handelt, sondern der Verstorbene hatte nur seine Kinder in Westfalen befür und befand sich auf dem Heimweg, als ihn das traurige Geschick ereilte. Diejenigen außergewöhnlichen Fahrerleidenschaften hatten den Unglücksverletzten die Grenze ohne Pass zu überschreiten.

\* Wollstein, 10. Juli. Auf eine entsetzliche Art hat ein Kutscher am Dienstag sein Leben verloren. Bereit vor einer Drillmaschine gespannte Pferde schauten auf dem Nachhauseweg vor einem entgegenkommenden Gespann. Der Kutscher, der die Pferde halten wollte, geriet unter die Maschine und erlitt deratig schwere Verletzungen, das der Tod auf der Stelle eintrat.

\* Bromberg, 11. Juli. Die Zahl der Arbeiterfamilien, die aus dem deutschen Industriegebiet nach Bromberg verzogen sind, wird in einem amtlichen Bericht des Bürgerpräsidenten auf 46 angegeben. Alle haben hier Arbeit gefunden und sind in einer Schule in Schleusenau untergebracht. Welanfanglich wurde in der polnischen Presse die von deutscher Seite bereitgestellte Behauptung aufgestellt, daß in Schneidemühl 800 aus Deutschland gewaltsam vertriebene Polen angekommen wären und nach Bromberg durchzumachen sich bemühten.

\* Strasburg, 10. Juli. Über eine grausige Mordeiung wird der "Weichsel-Post" von hier berichtet: Freitag abend gegen 11 Uhr haben unbekannte Verbrecher den Landwirt Balus in Brodnica-Miejskie Pole (Abbau) und seine Ehefrau ermordet. P. wurde durch einen Schuß mit der Art getötet, seine Frau ebenfalls mit demselben Mordwerkzeug schrecklich zugerichtet, so daß der Kopf nur noch lose am Rumpfe hing. Nachdem sie wahrscheinlich das Haus ausgeraubt hatten, begossen die Täter die Leichen mit Lein und zündeten sie an, worauf sie die Türen abschlossen und durch ein Fenster flüchteten. Nachbarn bemerkten das Feuer rechtzeitig und alarmierten die Feuerwehr, die die Flammen löscht, ehe sie weiter um sich greifen konnten. Es wurden zwei verdächtige Individuen verhaftet, deren Kleider mit Blut bespritzt waren.

### Kurse der Posener Börse.

	11. Juli	9. Juli
Offizielle Kurse:		
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—
8% B. Buchst. A. B.	—	—
8½% ohne Buchst.	—	—
3½% Buchst. C.	—	—
4% Buchst. D. E.	—	—
4% (neue)	188 +	290 +
4% (neue) mit poln. Stempel	188 +	290 +
4% Pos. Pfandbriefe	—	—
4% Pos. Provinzialobligationen	—	—
8½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—	—
5½% Obl. Giegelski	—	—
6% Schuldverschreibe der Bank Średzki.	—	—
Hipot. Wartawski.	—	—
Bank Bielska I-VII em. (ungef.)	—	—
Bank Bielska VIII em. (ungef.)	—	—
Bank Bielska IX em. (ungef.)		



# GUTTALIN Beste Schuhpasta

Friedensqualität.

Fabryka Przetworów Chemicznych

M. Stomnicki,

Warszawa, ul. Leszno Nr. 73.  
Tel. 174-34 i 234-34.

Vertreter für die Provinz Posen: Fritz Kühne, jetz. Inh. Szeukowski i Trendowicz, Poznań, Przeznica Nr. 6. — Vertreter für Pommerellen: T. Joachimezyk, Grudziądz, Toruński Nr. 27/29, Telefon 801.

Infolge eines Unfalls starb unser herzensguter, unvergesslicher Sohn und Bruder, der stud. ing.

**Hermann Nord**

im 26. Lebensjahr.

Max Nord und Frau,  
Else Nord.

Opalenica, im Juli 1921, [1957]  
z. St. Berlin-Lichterfelde, Auguststr. 25.

Unsere liebe Mutter, Großmutter, Urgroßmutter und Schwester

Frau verw. Medizinalrat  
**Therese Mankiewicz**

geb. Aach,

ist am Sonnabend, d. 2. Juli, nachts am Herzschlag im Alter von 77 Jahren sanft entshlafen.

Im Namen der Hinterbliebenen:  
**Wally Alport, geb. Mankiewicz,**  
**Leo Alport.**

Hamburg, Agnesstr. 1, den 8. Juli 1921.  
Die Einäscherung in Ohlsdorf fand am Dienstag, dem 5. Juli um 11 Uhr statt. [1953]

Am 9. d. Mts. verstarb nach kurzer Krankheit unerwartet die langjährige Dieterin unseres Laden-  
geschäfts sw. Marcin 33.

**Fräulein Anna Preuß.**

Die Verstorbene widmete sich unserem Unter-  
nehmen mit ganzer Hingabe und erward sich  
unseren unvergänglichen Dank.

Sie ruhe in Frieden!

Poznań, den 11. Juli 1921.

Der Vorstand  
der Gesellschaft zur Verwertung landwirt-  
schaftlicher Erzeugnisse.

**Friedrichroda** (Thüringer Wald)

430—710 m.  
Beliebtester Sommer- und Winterkurort Thüringens. Alle hygienischen Einrichtungen. Voller Kurbetrieb. Gute Ver-  
pflegung. Prospekt: Städt. Kurverwaltung.

Rittergutstausch

in d. Abstimmungsgeb. O.-Schles. mit Schloss, Brennerei u.  
massiv. Gebäuden, ca. 2300 Morgen, geg. ein gleichw. Objekt in  
Posen. Öffert. unter 1959 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Beabsichtige meine im Kreise Gniezno gelegene Aufstellungs-  
wirtschaft in Größe von 52½ Morgen, nach Deut-  
schland zu pertauschen oder zu verkaufen.  
Öfferten unter 5. 8. 1951 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Komplette

Dorfschmiede - Einrichtung

mit Staub-, Bohr- und Biegemaschine und allen erforder-  
lichen Werkzeugen in bestem Zustande abzugeben, auch für  
Gusschmiede geeignet. Öfferten unter 1968 an die Ge-  
schäftsstelle dieses Blattes erbten.

Wegen Auflösung der Schweinezucht [1955]

1 jähr. erstklass. Buchteber

zu verkaufen.  
Verwaltung der Herrschaft Szubin wies  
bei Szubin.

Wir sind zu hohen Preisen Häuser für

**Frühkartoffeln und  
Wasserrüben (Wurzen)**

und bitten um Öfferten. [1968]

Aluge & Jankowiak, Poznań,  
ulica Sew. Mielżyńskiego 23 I. — Telefon Nr. 3201.

**Rohbraunkohle**  
zum waggonweisen Bezug v. Górnosłaskie Przedsiębiorstwo Węglowe,  
Kiciążny i Werner, Poznań, Wały Zygmunta Augusta 3.  
Tel. 1296 u. 3871. Telegr.-Adr.: Werner Śląski.

## Kohlensäure

General-Vertretung für Grosspolen und Kalisz der Warschauer Fabrik

Briefadresse: Ingenieur Fr. Billewicz, Kalisz, ul. Towarowa 7.

Leere Flaschen senden nach: Skalmierzyce, Dom Ekspedycyjny Fr. Zaborowski.

Geldbeträge: Fr. Zaborowski, Bank Handlowy in Ostrowo.

Durch die enormen Kohlen- u. Transportpreise sind wir genötigt, 1 kg Kohlensäure mit 100 (hundert) poln. M. loko Skalmierzyce zu berechnen.

in Flaschen  
erhält man  
am schnell-  
sten und am  
billigsten  
durch die

„Fluid“.

## Eristenz in Deutschland.

Gutgehendes Engrossgeschäft der Möbel-  
schlagbranche mit Kontor und anschließenden Lager-  
räumen, wovon bei bescheidenen Ansprüchen noch  
Wohnung abgetrennt werden kann, ist komplett mit  
Einrichtung günstig zu verkaufen. Lager kann auf  
Wunsch mit übernommen werden. Die Räume  
eignen sich auch für jede andere Branche. Einige  
Selbstflektanten wollen ihre Off. mit „Eristenz“  
an Tow. Aka. Reklama Polska, Aleje Marcinkowskiego 6, richten. [Par 412]

Prima Eigentanz.

Goldfisch. Kapitalanslage.  
Ein 1912 modern erbautes  
Geschäftshaus in gutgelegtem  
Manufakturwarengeschäft u.  
geräumigen Wohnungen so-  
fröh günstig a. verl. Genf, ein  
Mietshaus m. groß. Garten.  
Off. u. 1926 a. d. Geschäfts-  
stelle d. Bl. erbeben.

Suche vierdrägen dos-a-dos

**Selbstfahrer**

zu kaufen. Rittergutss. Uhle, Uhlenhof (Gorzewo)  
bei Ryczywöl [1951]

Bon Montag, den 11. Juli  
ab befindet sich unter Bureau  
sonstige Werkstelle und Lager  
in der [1964]

**ul. Strzelecka**

Ecke Raczyńskiego 12.  
Tow. elekt. Slatas, Grudziądz, odz. Poznań.

**Großindustrielles**

Unternehmen

in der Provinz Posen ist  
gegen ein gleiches oder gegen  
ein Gut in Deutschland zu  
vertauichen. Off. u. 1928 a.  
Annoncen-Exped. C.-V.-B.  
„Preuß“, Bydgoszcz, Ja-  
gellońska 70. [1973]

**Schönes Landhaus**

1 in groß. Kirchdörfer Nie-  
derschl., Bahnh., tadell.  
Baujahr 2 gr. Rumm.  
Rüche (part.), 2 Ställe  
Holzschräppen u. sonst.  
Gelaz. sofort beziehbar.  
Elekt. Licht, reichl., ¼  
Mrq. Obstgarten. Preis  
65 000 M., Anzahlung  
40 000 M. und (Ala) 128  
mehrere andere

**Ladendienstleistung**

einfachen und besseren  
Stiles, sofort durch mich  
zu verkaufen. Ans. find  
1 M. f. Vor o. beizufüg.  
Carl Stempel,  
Danzig, Wilhelmstr. 14. Tel. 415.

**Große moderne**

**Laden-Einrichtung**

für Kassen- und Konfitüren-

Geschäft nebst Zubehör, sowie

verschiedene Waren

sofort zu verkaufen. Aus-  
kunft erteilt [3712]

**Medatoren Speth,**

Czarów.

**Gieg. Herrenanzug**

(Friedensware), leicht,  
sehr gut erhalten. Für  
mittl. Figur z. verkaufen.

Ang. unter 1752 a. d.

Geschäftsstelle d. Bl. erbeben.

**Ein eisernes**

**Wasser-**

**Reservoir**

rund circa 4 Meter

lang, 1 1/2 Met. Durch-

messer, fast neu. Ge-

wicht circa 2100 Kg.,  
von sogleich preiswert

**Zimmer**

z. 1. August 1962 a. d. Geschäftsstelle

d. Bl. erbeben.

**Wohnungen**

Es wird gesucht

**ein möbl. Zimmer**

mit voller Pension

für einen Monat (August) in

Solacz, Buszczykipo oder

Łudwówko für ein Ehepaar.

Öfferten unter 1945 an die

Geschäftsstelle d. Blattes erb.

**gebildete Dame**

der elektrischen Zentrale gesucht. Dom. Kołowiec,

pow. Pleszew.

Gesucht zum 1. September oder 1. Oktober auf deutsches,

Rittergut in Polen, Nähe Poznań, evangelische

**Lateinlehrerin**

für 7 jähr. Tochter und 11 jähr. Sohn (Quartane), wenn

möglich musikalisch. Gehalt nach Vereinbarung. Zeugnis-

aufdrucken mit Bild umgehend erbeben unter 4. 8. 1949

an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Hauslehrerin**

für eine Aufsicht unserer Böblinge suchen wir möglichst

zum 1. August ev. nur für

die Nachmittage.

Nitschke-Flatasche Wojsk-Erziehungsanstalt, ulica

Nostowskiego 3 (Goethepark). [1965]

Akademisch gebildete Lehrerin sucht Stellung als

**Stellengefue**

bei hohem Gehalt gesucht.

Hilfe vorhanden. Off. eröffnet

Paul Ziegler, Wagrowiec.

1. 9. Ang. u. a. p. 1961 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

**Stütze**

bei hohem Gehalt gesucht.

Hilfe vorhanden. Off. eröffnet

Willy Sarrazin ist

zu jed. Augt. bereit. Werte Off.

an Mag. Bischof, Chwał-

kowo, p. Środa. [1923]

**Wegen Domänenpachtgabe**

suehe ich für meinen ver-

heiratenen älteren tücht. zuverl. vertrauen w.

Beamten zum

1. Okt. ob. frisch.

die möglichst

**selbständige Verwaltg.**

Wegen Domänenpachtgabe suehe ich für meinen ver-

heiratenen älteren tücht. zuverl. vertrauen w.

Beamten zum

1. Okt. ob. frisch.

die möglichst

**eines mittleren Gutes.**

Derselbe ist der

poln. Sprache

ermücht. Schrift. Bewer-

bungen an Karl Kirschner

& Co., Leżno, Rynek 22.